

Annemarie Sancar

## Feministische Politiken – in der Ostukraine in Zeiten von Krieg und darüber hinaus

Im ersten Teil gebe ich einen Einblick in ein feministisches Friedensprojekt der FriedensFrauen Weltweit (PWAG) und der Nichtregierungsorganisation (NGO) Kharkiv Regional Foundation Public Alternative (PA) in der Ostukraine. Darauf folgt eine kritische Auseinandersetzung mit der friedenspolitischen Debatte hierzulande. Zuletzt geht es um Forderungen der feministischen Friedenspolitik und darum, was wir von den Frauen in der Ostukraine dafür lernen können.

### **Frauenrealitäten in der Ostukraine – ein Projekt mit friedenspolitischer Relevanz**

Frauen in der Ostukraine leben bereits seit 2014 unter schwierigen Bedingungen. Zusammen mit einer lokalen Partnerorganisation, die in diesen Teilen der Ukraine bestens vernetzt ist und über viele Kontakte zu Basisgruppen von Frauen verfügt, hat PWAG 2021 ein Projekt der Friedensförderung lanciert, bei dem die Alltagserfahrungen der oft unter der Armutsgrenze lebenden Frauen im Zentrum stehen. Vorabklärungen der Lebensbedingungen von Frauen in der Ostukraine zeigten, wie prekär ihre Lebensbedingungen sind; so ist im Vergleich zum Westen des Landes die Grundversorgung miserabel. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, die Industrieanlagen stehen weitgehend still, die Bodenschätze bleiben in der Tiefe,

die strategisch wertvollen Tunnelsysteme<sup>1</sup> unbenutzt. Die Armut ist gross, viele Frauen haben Gesundheitsprobleme und leiden unter fehlendem Einkommen sowie ausbleibenden Renten. Wer kann, geht gegen Westen. Zurück bleiben alte, gebrechliche Menschen, Frauen mit Care-Pflichten sowie das Personal von NGOs, Sicherheitskräfte und OSZE-Missionsangehörige.<sup>2</sup> Die Ausgangslage des Projekts waren die schlechten Lebensumstände der Menschen, die fehlenden Lohnarbeitsmöglichkeiten, eine militarisierte Öffentlichkeit und die grassierende (häusliche) Gewalt.

Im Rahmen des Projekts trafen sich Exponent:innen von lokalen Frauengruppen und NGOs 2021 zum ersten Mal an WomenPeaceTables, ebenfalls eingeladen waren Vertreter:innen von Polizei, Schule, Arbeitsamt oder Gesundheitsdiensten. Sie diskutierten ihre Unsicherheiten im Alltag und planten Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Zu folgenden Themen stellten sie Forderungen an die Behörden: bessere Grundversorgung für alle, mehr Bildungschancen, Armutsbekämpfung, Schutz vor Gewalt, konsequente Bestrafung der Täterschaft, sichere Räume für Kinder. Entschieden wollten sie diesen alltäglichen Unsicherheitsfaktoren, die unter anderem auf die starke Militarisierung der Region zurückgeführt werden, entgegenzutreten. Die internationale Gemeinschaft war zwar präsent, aber in erster Linie militärisch (OSZE) und mit NGOs, die lokale wirtschaftliche und humanitäre Projekte umsetzten, ohne die bedürftigen Menschen systemisch einzubeziehen. Die Entwicklungshilfe war im Vergleich wenig alltagsbezogen.

Der russische Angriff am 24. Februar 2022 unterbrach diesen Prozess. Doch die Frauen haben nicht aufgegeben, sie vernetzen sich weiterhin und garantieren sich gegenseitige Nothilfe. Sie besuchen Frauen in abgelegenen Siedlungen, um sie zu versorgen, und nehmen sich Zeit, um der Vereinsamung in Armut und Angst vorzubeugen. Die Solidarität ist bis heute gross, der Wille zum Wiederaufbau da, immer mit dem Fokus auf eine Sicherheit, die mehr ist als Schutz vor militärischen Angriffen. Sie führten die digitalen und persönlichen Treffen auch nach Kriegsausbruch weiter. Im Glauben an einen Frieden schmiedeten sie weiterhin Pläne und entwerfen Projekte, die sie auf der «Women's Platform for Peace», einem gemeinsamen Ort für Lern- und Wissensaustausch, teilen. Ihre Ideen für die Zeiten nach dem Krieg sind Startups, Trainings oder Beratung von und für Frauen. In Online-Workshops stellen sie klar, wie ernst es ihnen mit einem gerechten Wiederaufbau ihrer Region ist, wie wichtig für sie die Überwindung aller Formen von Gewalt, die sie im Alltag kennen, ist. Sie wollen erreichen, dass die Bedingungen für die Sorgearbeit, zum Beispiel die Pflege der Kinder oder der älteren, beeinträch-

tigten Menschen, besser werden, und dass sie von der Polizei geschützt werden, wenn sie häusliche Gewalt erleiden.

Im Zentrum aller Diskussionen steht nur die eine Frage: Was bedeutet Sicherheit für mich, für uns? Ende Jahr traf sich ein Dutzend der Protagonist:innen aus dem Projekt in einem Workshop zum Thema Storytelling. Im Vertrauen, dass alles unter ihnen bleibt, erzählten die Frauen ihre Geschichte und beschrieben ihre schwierigen Erlebnisse und Erfahrungen. Für sie bedeutete dieses Treffen, einen geschützten Ort für den persönlichen Austausch zu haben. Dies sei gegenwärtig selten, aber enorm wichtig für ihr Selbstwertgefühl, so die Frauen, auch wenn es sehr schmerze. Ihre Geschichten sind persönliche Zeugnisse der erfahrenen Gewalt, wichtig für die Öffentlichkeit, für die Aufklärung der Kriegsverbrechen, und sie geben gleichzeitig Hinweise, wie der Wiederaufbau nach dem Krieg aus ihrer Perspektive aussehen sollte. Die Frauen entwickeln dabei ein Gemeinschaftsgefühl, unabhängig davon, ob sie russisch oder ukrainisch sprechen, aus den besetzten oder ukrainischen Städten kommen, ob sie HIV-positiv sind oder als Mütter eines im Konflikt verschwundenen Sohnes für ihre Rente kämpfen. Die Erfahrung des Storytelling hat sie gestärkt und ermutigt, weitere Frauen einzuladen, ihre Geschichte zu erzählen. In solchen Momenten, sagen sie, würden sie Angst, Trauer und Schmerz nicht trennend, sondern vereinernd erfahren. Das im Projekt entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl ist gerade in Zeiten von Krieg ein wichtiger Baustein für nachhaltigen Frieden. Die gemeinsame Bewältigung des schwierigen Alltags stärkt die Gemeinschaft, die Frauen lassen sich nicht einbinden in die von Interessen getriebenen Machtspiele der verfeindeten Parteien, sondern artikulieren klar und deutlich, was sie heute und dann später brauchen, wenn Friedensverhandlungen beginnen.

Leider zeigt der Blick auf andere (Nach-)Kriegswirtschaften: Investitionen in eine Infrastruktur für eine Grundversorgung, die umfassende Sicherheit für Frauen und ihre Mitmenschen garantiert, sind teuer und wenig lukrativ. Was es also braucht, ist eine massive Erhöhung der Budgets für eine allen zugängliche Grundversorgung von guter Qualität, das gilt auch für die Ostukraine (Sancar 2022).

### **Ein blinder Fleck bei der (friedenspolitischen) Linken?**

Viele Linke hierzulande diskutieren geopolitische Fragen und versuchen, sich in der heutigen Situation neu zu positionieren. Die Schilderungen der

ukrainischen Frauen, die Kleinräumigkeit ihrer Lebenswelten, haben in dieser politischen Debatte wenig Platz. Ihre vielfältigen Geschichten aus dem Alltag in Zeiten von Krieg lassen sich schwer in grosse geopolitische Zusammenhänge einordnen. Seit dem Ende des Kalten Kriegs glaubten wir im Westen an eine einigermaßen stabile Weltordnung. Bereits mit der Besetzung von Teilen der Ukraine 2014 ist die Respektierung der Grenzen gebrochen, aber es gab wenig Reaktionen im Westen. Erst der Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 belehrte uns eines Besseren, es gab keine Ausreden mehr. Er ist ein Bruch und verlangt eine Neuorientierung. Das geschieht vor allem auf geostrategischer Ebene, die Linke diskutiert über Sinn und Unsinn von Aufrüstung und Waffenlieferungen. «Alltagsbanalitäten», wie sie die Frauen im Projekt beschreiben, bleiben aussen vor, obschon feministische Studien immer wieder zeigen, dass der Einsatz von Waffen verheerende Konsequenzen hat für die Integrität der Frauen, für deren Lebensqualität und für ihre Sorgearbeit. Doch wer sich heute gegen Aufrüstung stellt, gilt als naiv. Wie die Erfahrungen verschiedener feministischer Forscherinnen und Friedensorganisationen wie die PWAG zeigen, gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen der Verwendung und Zugänglichkeit von Waffen und der sexualisierten geschlechterspezifischen Gewalt. Von linker und grüner Seite wird trotzdem verlangt, die Produktion von Waffen in den Rüstungsindustrien hochzufahren<sup>3</sup> (dies gilt allerdings nicht für die Grünen in der Schweiz).

Die Linke anerkennt zwar die Bedeutung der (un-)bezahlten Care-Arbeit für die nationale Volkswirtschaft und für die soziale Sicherheit der gesamten Gesellschaft. Sie tut dies aus einer innenpolitischen Perspektive. In der friedenspolitischen Diskussion wird Sicherheit aber als aussenpolitische Aufgabe betrachtet, nämlich die Verteidigung der Nation (als staatliches Konstrukt) vor feindlichen Angriffen jeglicher Art. So wird «Sicherheit» aufgeteilt in eine innenpolitische Dimension,<sup>4</sup> nämlich das Wohlergehen der einzelnen Bürger:innen, was auch den sozialen Frieden einschliesst. Während diese Aufgaben vornehmlich in die Verantwortung des Innendepartements gehören, ist die aussenpolitische Dimension vor allem in der Verantwortung von Wirtschafts- und Verteidigungsministerium. Dies führt dazu, dass die Sicherheit der Nation als Ganzes ins Zentrum gerückt wird, und zwar begleitet von gewinnbringenden Wirtschaftsabkommen, militärischen Einsätzen und Aufrüstung.

«Unter den aktuellen Bedingungen von Krieg und gesteigertem Nationalismus dominiert die Vorstellung, dass unsere Existenz mit jenen anderen verbunden ist, zu denen wir eine nationale Affinität haben, die wir (wieder-)

erkennen, weil sie mit bestimmten kulturell spezifischen Vorstellungen dessen übereinstimmen, was ein Mensch ist.» (Butler 2009, 23)

Wie Judith Butler beschreibt, fördert Krieg eine nationale Vorstellung von Verbundenheit unter Menschen und nationale Vorstellungen, was Zugehörigkeit ausmacht. Aus feministischer Sicht verhindert die Aufteilung in eine aussen- und eine innenpolitische Sicherheitspolitik, Sicherheit umfassend zu verstehen, nämlich als Abwesenheit von physischer, struktureller und kultureller Gewalt, unabhängig von sozialen Kriterien wie Herkunft, Geschlecht, Alter. «Umfassende Sicherheit» heisst auch, Diskriminierungen aufzudecken, institutionellen und strukturellen Formen von Gewalt entgegenzuwirken und Ausbeutung zu verhindern. Deshalb ist es entscheidend für Sicherheit und Frieden, unter welchen Bedingungen Care-Arbeit organisiert wird. Care-Arbeit ist lebensnotwendig, um zu arbeiten und die Gesellschaft weiterzubringen. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Gut, eine in den globalisierten Markt integrierte Handelsware. Überall, wo gearbeitet wird, braucht es Care-Dienstleistungen, Sorgearbeit für die Menschen (Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit für Kinder und Erwachsene). Je nach Angebot und Nachfrage variiert ihr Marktwert, doch in der Regel wird Care-Arbeit unbezahlt geleistet, und zwar vor allem von Frauen! Die (wirtschaftliche) Wertschätzung von Care-Arbeit ist hingegen gering, auch weil eine angemessene Ausstattung und Entlohnung die Produktivität zu stark einschränken würden. Wann immer Budgets gekürzt werden, kommt die Care-Arbeit zuerst unter den Sparhammer (Sancar 2020, 11 f.): weil sie zu wenig profitabel ist und weil die Frauen – so die versteckte Annahme – sie auch unbezahlt verrichten werden.

Die prekäre Situation der meisten Care-Arbeiter:innen ist wirtschaftlich bedingt, sichtbar auch in der Ukraine, wo der Osten deutlich unterversorgt ist und die verbleibende Bevölkerung sich mit einem Gesundheitssystem abfinden muss, das im alten sowjetischen Modus dahinserbelt. Im Vergleich dazu erlebt die Medizin im Westen des Landes einen Aufschwung, zumindest bis letzten Frühling, unter anderem dank Schweizer Technologiefirmen. Aber auch in der Schweiz scheut man sich vor Investitionen in Care-Infrastruktur: zu teuer, zu wenig lukrativ. Während Militärbudgets ohne grosse Debatte aufgestockt werden können, wird beim Gesundheitswesen gespart, aller Notrufe und jeglicher Sicherheitsbedenken zum Trotz.

Krisenpolitik in Kriegszeiten ist immer auch Wirtschaftspolitik, die Unterstützung der Rüstungsindustrie erscheint selbstverständlich. Und obwohl hier gerade riesige Übergewinne erwirtschaftet werden (Lang 2023), be-

kommt die Rüstungsindustrie Steuererleichterungen. Gleichzeitig lässt die Politik die Gesundheitsinstitutionen im Krisenmodus, Investitionen in den wirtschaftlich als weniger produktiv geltenden Care-Sektor bleiben aus. Gelder fließen somit deutlich einfacher in Bereiche, die nach Prinzipien der «Nationalen Sicherheit» organisiert sind.

Trotz Krieg halten wir daran fest, dass Sicherheitspolitik sich an den Frauen- und Menschenrechten misst und nicht am ökonomischen Mehrwert. Dies bedeutet, dass Sicherheit neu gedacht und in einen anderen Rahmen gestellt werden muss. Es braucht eine Bereitschaft, ihre Komplexität verstehen zu lernen, die Finanzflüsse und Gesetze entsprechend auszurichten. Ebenso wichtig ist es, symbolpolitisch wirksame Gegendiskurse zu entwerfen. Denn gerade in Zeiten von Krieg und Krise entsteht eine kollektive Angst, die allzu schnell in Empörung mündet. Und diese birgt ein hohes politisches Potenzial für eine verstärkte Legitimation von Aufrüstungsausgaben im Namen der Sicherheit «unserer Nation», während der Druck, in soziale Sicherheit zu investieren, nachlässt.

Jede Aufrüstung, jeder Handel von Kriegsmaterial treibt gewaltförmige Konflikte an und in direktem Zusammenhang steigt die geschlechtsspezifische Gewalt, wie Erfahrungen und Studien feministischer Expert:innen und Friedensforscher:innen aufzeigen.<sup>5</sup> Was braucht es also, damit Sicherheitspolitik nicht Öl ins Feuer der Gewalt giesst, sondern diese verhindert? Das Instrumentarium und die langjährigen Erfahrungen von Feministinnen in Bewegungen, Wissenschaft, Politik sind wichtige Ressourcen für eine kritische Analyse westlicher Sicherheitspolitik. Die Linke täte gut daran, dieser feministischen Perspektive mehr Aufmerksamkeit zu schenken, Grabenkämpfe aufzugeben (Fankhauser 2022) und sich für eine umfassende Sicherheit einzusetzen. Einmal mehr braucht es einen Neuanfang in der Friedenspolitik, die ohne Gender-Bias für eine menschen- und frauenrechtsbasierte Sicherheitspolitik einsteht.

### **Sicherheit – das Kernstück der feministischen Politik**

Was macht einen feministischen Ansatz für Friedens- beziehungsweise Aussenpolitik aus, und ist er generell anwendbar? Feministische Aussenpolitik, wie sie verschiedene westliche Staaten vertreten, kritisiert vermeintliche Sicherheitsmassnahmen, die Militarismus fördern und normalisieren, und macht Entmilitarisierung zu einem zentralen Thema. «Frieden kann daher nicht nur als Abwesenheit von Krieg verstanden werden, sondern es müssen strukturelle Gewalt [...] abgebaut und ein positiver Frieden erreicht werden.

Feministische Aussenpolitik besteht in diesem Prozess auf Inklusivität und transparenten Entscheidungen vom Lokalen zum Globalen in allen Fragen von Frieden und Sicherheit.» (Lunz 2011, 51)

Umfassende Sicherheit heisst Zugang zu einer guten Grundversorgung für alle. Die Basis der sozialen Sicherheit sind Wohnen, Bildung, Kultur, bezahlbare Energie, wie die Referentin für weltanschaulichen Dialog der Rosa Luxemburg Stiftung im Gespräch mit *Neue Wege* festhält (Hildebrand, 2023). Sie plädiert für Räume des gemeinsamen Nachdenkens. Das Wissen und die Organisationskompetenzen der lokalen Bevölkerung, besonders der Frauen, sind beste Informationsquellen für eine gute Grundversorgung, gerade auch für die Zeiten nach dem Krieg. Frauen leisten unter schwierigsten Bedingungen die Versorgungsarbeit – in Zeiten von Krieg eine Zauberei! Sie kennen die Lücken, die sich im Krieg noch deutlicher zeigen, sie wissen, wo ansetzen, aber sie müssen gehört werden. Ihre Schilderungen sind essenziell für die Friedensförderung. Wir müssen über die Bedeutung von Lebensbedingungen und der menschlichen Existenz in ihrer Verletzbarkeit nachdenken (Butler 2009). Frühere Erfahrungen zeigen indes, wie wenig Platz die Alltagserfahrungen in der Bewältigung der Kriegsschäden haben. Zeit, den Frauen zuzuhören, fehlt, obschon die UNSCR 1325<sup>6</sup> die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Friedensverhandlungen verlangt. Die vielfachen physischen, psychischen und strukturellen Gewalterfahrungen der Frauen sind aber auch als Warnsignale für potenzielle Konflikte präventiv von Bedeutung. Die patriarchalen Machtverhältnisse, die sich vor allem in der militärischen Sicherheitspolitik widerspiegeln, verhindern das Wachsen einer Friedenskultur – «because wars and militarism are patriarchal, masculinist ideals and practices» (Okazawa-Rey 2022, 9). Die Unterscheidung in eine innen- und aussenpolitische Sicherheitspolitik untermauert diese Praxis und verhindert so das Wachsen einer Friedenskultur. Denn mit der (militarisierten) Aussensicherheitspolitik verfestigen sich auch immer wieder genderspezifische Unterschiede, wie zum Beispiel die Bilder starker Männer als Verteidiger des Vaterlandes und seiner Frauen.

Die Frauen in der Ostukraine untermauern mit ihren Geschichten, wie wichtig ein umfassendes Verständnis von Sicherheit ist. Der Wiederaufbau der ukrainischen Gesellschaft ist eine Chance für eine andere (feministische) Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Genderbewusstsein ist vorhanden, die (feministische) Zivilgesellschaft ist stark. Es ist also gut möglich, dass sie auch der Entwicklung in der Ukraine nach dem Krieg eine andere Richtung geben wird, hin zu einer Friedenskultur, in der auch die umfassende Sicherheit Platz hat.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Merkur, Münchener Zeitungs-Verlag GmbH, 2023. Russlands Besessenheit von Bachmut: «Putins Koch» Prigoschin äussert sich persönlich. merkur.de (Abfrage 3.2.2023)
- 2 Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) nahm ihre Tätigkeit am 21. März 2014 auf und beendete sie aufgrund des Kriegs am 31. März 2022. Die SMM wurde auf Ersuchen der ukrainischen Regierung und aufgrund eines Konsensbeschlusses aller 57 OSZE-Teilnehmerstaaten als unbewaffnete Mission entsandt. Ihre Hauptaufgaben waren die unparteiische und objektive Beobachtung und Berichterstattung über die Sicherheitslage in der Ukraine sowie die Förderung des Dialogs zwischen allen Konfliktparteien.
- 3 Vgl. German Foreign Policy, 17 January 2023: Bezogen auf die Produktion in den Rüstungskonzernen: «In den nächsten Jahren müssen wir die Produktion hochfahren», so Sara Nanni, die Obfrau von Bündnis 90/Die Grünen im Verteidigungsausschuss. (www.presenza.com/de/author/german-foreign-policy-com/)(Abfrage 3.2.2023)
- 4 Eine der Ausnahmen ist das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT), mit dem mittels neuen Technologien sogenannt potenzielle Extremist:innen überwacht werden können.
- 5 Vgl. Enloe, Cynthia, 2016: Globalization and Militarism. Feminists make the Link. Maryland; Cockburn, Cynthia, 2012: Antimilitarism. Political and Gender Dynamics of Peace Movements. London; Gabriel, Sidonia / Sancar, Annemarie, 2015: Gendergerechte Friedenspolitik. Friedensarbeit und Frauenrechte im Spiegel von KOFF/swisspeace; Butler, Judith, 2010: Raster des Kriegs. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt/New York.
- 6 Verbunden mit dieser Resolution des Uno-Sicherheitsrates ist «Women, Peace and Security». Die drei Pfeiler sind Partizipation, Konfliktprävention, Schutz vor Gewalt. Viele nationalen Aktionspläne setzen zudem auf den Wiederaufbau und die Versöhnung, mit dem Ziel einer gendergerechten und damit auch nachhaltigeren Friedensförderung.

## Literatur

- Butler, Judith, 2009: Krieg und Affekt. Berlin
- Fankhauser, Urs, 2022: Krieg in der Ukraine. Die Linke im Stresstest. Denknetz online Publikation (online verfügbar)
- Hildebrand, Cornelia, 2023: Der Ukrainekrieg als Zäsur. Gespräch mit Cornelia Hildebrandt. In: Neue Wege, 1/2
- Lang, Jo, 2023: Oligarchen-Gelder und Übergewinne für die Ukraine. In: GSOA-ZITIG (Erscheinungsdatum: Frühling 2023)
- Lunz, Kristina, 2022: Die Zukunft der Aussenpolitik ist feministisch. Berlin
- Okazawa-Rey, Margo, 2022: Amplifying voices calling for just peace, genuine security, and culture of life. In: Feminists connecting for Peace, 1, 6–10
- Sancar, Annemarie, 2020: Perspektivenwechsel «Neoliberalismus». Der Alltag. In: à propos, 11–12
- Sancar, Annemarie, 2022: Wem bringt Aufrüstung mehr Sicherheit? Einen feministisch-pazifistischen Frieden gibt es nicht, solange um den Sieg gerungen wird. In: Frankfurter Rundschau (online verfügbar)